

Glanz und Elend der deutschen Geschichte 2000 bis 2016 Band 7

Der Zahlmeister des EU-Einheitsstaates

Band 7/125: 06.09.2015 – 06.10.2015

06.09.2015

BRD: Die Tageszeitung "Westfälische Nachrichten" berichtet am 6. September 2015:

>>Flüchtlinge - Deutschland öffnet seine Grenzen

Dank einer Ausnahmeregelung sind am Wochenende weit mehr als 10.000 Menschen aus Ungarn über Österreich nach Deutschland gekommen – bis zum späten Sonntagabend wurden insgesamt mehr als 20.000 erwartet.

Sie saßen zuvor zum Teil tagelang in Ungarn fest. Bei ihrer Ankunft in Deutschland waren viele entkräftet. Hunderte Menschen – etwa am Hauptbahnhof in München – empfingen die Flüchtlinge mit Applaus.

Zuvor hatte sich die Lage in Ungarn weiter zugespitzt. Am Budapester Ostbahnhof hatten Tausende tagelang kampiert. Viele von ihnen machten sich zu Fuß in Richtung österreichische Grenze auf. Angesichts der dramatischen Situation vereinbarten Bundeskanzlerin Angela Merkel und ihr österreichischer Amtskollege Werner Faymann in Absprache mit der ungarischen Regierung eine Ausnahmeregelung. Demnach durften die Flüchtlinge ohne bürokratische Hürden und Kontrollen einreisen. Wien verwies auf eine "Notlage" an der ungarischen Grenze.

Ungarn stellte Busse bereit und brachte die Flüchtlinge bis zur österreichischen Grenze. Züge, darunter auch viele Sonderzüge, brachten die Menschen schließlich nach Deutschland – das wichtigste Anlaufziel war der Hauptbahnhof in München. Alleine am Samstag reisten 7.000 Flüchtlinge per Zug über München nach Deutschland ein. Rund 2.500 Menschen wurden direkt in andere Bundesländer weitergeleitet.

In Ungarn selbst leerten sich die Flüchtlingslager nach und nach. Nach wie vor reisten Flüchtlinge jedoch zur österreichischen Grenze, um von dort weiter nach Westen zu kommen.

Aus Serbien kamen indes deutlich weniger Flüchtlinge nach Ungarn. Laut ungarischen Medien dürfte das Regenwetter ein Grund dafür sein. Am Sonntag zeichnete sich allerdings wieder ein Anstieg ab.

Gestern berieten die Spitzen der großen Koalition in Berlin über Konsequenzen aus der Flüchtlingskrise.

So viele Flüchtlinge wie noch nie nach NRW

Mit Applaus und Willkommen-Plakaten sind mehr als 1.000 Flüchtlinge in Dortmund begrüßt worden. Die Kinder, Frauen und Männer, die über Ungarn nach Deutschland auf dem Weg waren, kamen mit zwei Zügen im Hauptbahnhof der Stadt an. Hunderte Menschen bereiteten ihnen einen herzlichen Empfang.

Innenminister Ralf Jäger ging davon aus, daß am Sonntag so viele Flüchtlinge nach NRW gekommen sind wie noch nie an einem Tag. Die meisten Flüchtlinge wurden anschließend auf Kommunen verteilt. Die Bezirksregierungen richteten Krisenstäbe ein.<<

11.09.2015

BRD: Die Tageszeitung "Die Welt" berichtet am 11. September 2015: >>**Die Blitzwende der Flüchtlingskanzlerin**

Der Entschluß der Kanzlerin, Tausende Syrer aus Ungarn einreisen zu lassen, wirkte wie eine Ad-hoc-Entscheidung. Aber ihre Haltung in der Flüchtlingsfrage ist das Ergebnis jahrelanger Planspiele.

In der Generaldebatte im Bundestag war die Flüchtlingskrise das große Thema. Linken-Fraktionschef Gysi gab der Bundesregierung eine Mitschuld an der Lage. Merkel verteidigte die Politik der großen Koalition.

Angela Merkel hat am Mittwoch im Bundestag Sätze gesagt, die auf sie selber gemünzt zu sein schienen. "Wir erleben immer wieder, daß es in Europa Herausforderungen gibt, bei denen es ganz besonders auf uns ankommt, auf Deutschland, auf Deutschlands Kraft und auf Deutschlands Stärke", sagte sie.

Und: "Wir wissen: Auch in der Euro-Krise haben wir nicht immer alle zusammengestanden, sondern da stand Deutschland manchmal ganz schön alleine da, so jedenfalls meine Erinnerung. Aber was wir immer wieder erlebt haben – das sollte uns Mut machen –, ist, daß es genau diese Bereitschaft und diese Kraft Deutschlands sein kann, die schließlich den Weg für eine europäische Lösung freimacht."

Im Kern erhob Merkel einen deutschen, genau gesagt sogar ihren eigenen Alleingang zum Führungsprinzip. Sie selbst würde das vehement bestreiten und stets sagen, es gehe um den gemeinsam verabredeten Weg zu Entscheidungen, die von allen getragen werden. Aber die Kraft und Stärke Deutschlands als Schlüsselfaktor für derartige Entscheidungen zu bezeichnen – das hat sich in ihrem Amt lange niemand mehr getraut.

Applaus von allen Seiten

Es war ein Auftritt, bei dem Merkel vier Mal Applaus aus allen Fraktionen des Bundestages bekam – Union, SPD, Grüne, Linkspartei. In ähnlich angespannten Situationen, zum Beispiel bei Merkels Regierungserklärungen zur Bankenkrise oder zur Energiewende, gab es kein einziges Mal beziehungsweise nur einmal einen so breiten Beifall.

Angela Merkel hat es geschafft, das Wirken ihrer angeblich so undemokratisch großen Regierungskoalition als einen Segen für Deutschland darzustellen. Das muß ihr erst einmal jemand nachmachen – besonders bei einem so brisanten Thema wie der Zuwanderung.

Merkels Entschluß, zusammen mit Österreich die EU-Abreden über das Weiterreiseverbot von Flüchtlingen außer Kraft zu setzen, war eine ähnliche Blitzwende wie nach dem Reaktorunfall von Fukushima. Wieder einmal zeigte die Bundeskanzlerin, daß sie dem Satz folgt, Gesetze seien für Menschen da und nicht umgekehrt. So hatte es auch schon Helmut Schmidt 1962 bei der Hamburger Flutkatastrophe gehalten, als er kurzerhand das Verbot inländischer Bundeswehreinräte ignorierte.

Es gibt immer Kritiker, die solche Flexibilität für den Präzedenzfall gesetzloser Zustände halten, und so ist es auch diesmal. Die Reiseerlaubnis für die in Ungarn gestrandeten, nach Deutschland drängenden Flüchtlinge sei reine Gefühlspolitik. Die Bundesregierung habe sich von Aufsässigen erpressen lassen. Auch bei vielen anderen Themen gewinne künftig, wer genügend eindrucksvolle Fernsehbilder produziert. Solche Gedanken sind oft zu hören.

Die CSU nimmt diese Stimmungen mit ihrer scharfen Kritik an Merkels Entscheidung auf. Sie habe die CSU mit der Aufenthaltserlaubnis einfach überrollt, sagen CSU-Politiker – ein schmerzhafter Beweis dafür, daß die Schwesterpartei in Berlin derzeit nur wenig zu melden hat, wenn es darauf ankommt.

Die Stimmungen vermischen sich mit der Angst von SPD, Linkspartei, CSU (und genauso auch französischer, polnischer oder dänischer Parteien), die massenhafte Einwanderung könne den Arbeitsmarkt ins Chaos stürzen. Sie vermischen sich mit der Angst, der Islamische Staat

könne in den Flüchtlingszügen Attentäter nach Deutschland schleusen.

Schröders Kalkül in der Serbienkrise 1999

In die seelische Gemengelage hinein wirkt auch das Trauma des ganzen historischen Europas, die unterschwellige Erinnerung an die Invasionen der Hunnen, Araber, Mongolen und Türken. Ungarns Grenzzaun, Frankreichs Abwehrhaltung, Polens Wunsch nur nach christlichen Flüchtlingen entspringen nicht zuletzt dieser Gedächtniswelt. Deutschland ist das Gefühl nicht fremd.

Gerhard Schröder drängte 1999 auf das militärische Vorgehen der Nato gegen Belgrad, weil er ohne den Regimewandel in Slobodan Milosevics Serbien eine Flüchtlingswelle aus dem Balkan fürchtete. Und nun öffnet Angela Merkel aus einer Eingebung heraus Europas Tore?

Der Eindruck täuscht. Die Flüchtlingswelle kam plötzlich, aber keineswegs überraschend. Seit Jahren schaut Merkel argwöhnisch auf manche nur äußerlich stabile Mittelmeeranrainer. Da lauert Potential für noch viel mehr Flüchtlingsströme. Der Einsatz für eine diplomatische Lösung in der Ukraine entspringt derselben Sorge.

Ruhe in die Aufregung bringen

Merkels scheinbare Ad-hoc-Entscheidungen sind oft das Ergebnis jahrelanger stiller Planspiele. Das ist keine Verklärung von Fehlentscheidungen, die es selbstverständlich gibt; es ist in diesem Fall aber der Grund für die Entschlossenheit, mit der sie das Ruder herumreißt. Ihr Satz gegenüber der "Rheinischen Post", für das Grundrecht auf Asyl gebe es keine Obergrenze, ist nicht einfach dahergesagt.

Ein Zuwanderungssturm auf ein mental unvorbereitetes Europa bringt die ganze Konstruktion der EU in ungutes Schwingen, so wie 1989 die DDR-Flüchtlingswelle. Wie damals Helmut Kohl, so will Merkel heute Führungsstärke zeigen, und zwar nicht durch Krieg, sondern dadurch, daß mit Selbstvertrauen Ruhe in die Aufregung kommt.

Merkels simple Botschaft "Wir schaffen das" ist an ganz Europa gerichtet. Ihr öffentliches Vertrauen in Deutschlands Stärke soll in der EU dieselbe Wirkung erzielen wie eine Zusage Barack Obamas in der Nato. Gleichzeitig soll die Bevölkerung nicht glauben, sie müsse mit ihrer Hilfsbereitschaft ein Staatsversagen kompensieren.

Noch ist die Finanzierung gesichert

Im Gegenteil. Staat und Wähler sollen eine Einheit sein. Ob das funktioniert, ist völlig offen. Bei den Lichterketten gegen Übergriffe hat das vor zehn Jahren geklappt. Die Sorge, Herostraten würden das politische Establishment nun von Anschlagort zu Anschlagort hetzen, war grundlos. Statt dessen wandelte sich Deutschland weiter zur positiven Weltoffenheit.

Ob das diesmal auch so ist? Auf die Notlage antwortet Merkel nicht mit dem Drängen nach mehr Luftangriffen auf den Islamischen Staat, sondern mit Häusern und Lehrern für Flüchtlinge. Das kostet Milliarden. Noch ist die Finanzierung gesichert. Wenn die Flüchtlingszahl aber weiter zunimmt, werden eines Tages vielleicht Steuererhöhungen denkbar.

Sie würde nur Merkel durchsetzen können, denn auf der linken Seite des politischen Spektrums gilt in Notlagen weithin der psychologisch verräterische Satz: Wir müssen die Reichen zur Kasse bitten. Im Klartext heißt das: Sollen doch andere helfen. Unbedingte Solidarität zum deutschen Markenzeichen machen – das kann derzeit nur Angela Merkel.<<

12.09.2015

Dänemark: Der Däne Jens Kristian Bech Pedersen (pensionierter Oberstleutnant) schreibt wegen der Masseneinwanderung von Migrantinnen am 12. September 2015 einen "Offenen Brief" an die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel (x856/...):

>>Liebe Frau Merkel, geehrte Kanzlerin von Deutschland!

Ich bin Däne, darum bin ich natürlich auch EU-Bürger. Als solcher muß es mir erlaubt sein, daß ich mich öffentlich an Sie wende.

Über Jahrzehnte habe ich Deutschlands Politik und Rolle in Europa seit dem 2. Weltkrieg ver-

folgt. Deutschland hat sich sehr stark für den politischen Frieden, Angleichung zwischen den Ländern und für die Entwicklung zur Zusammenarbeit in Europa eingesetzt. Darum war Deutschland immer die große Triebkraft für eine engere Integration und Union zwischen den Ländern Europas, für die freie Beweglichkeit, für die Aufhebung der nationalen Grenzen – ja, und für die stetige Minimierung der Bedeutung und Rolle der Nationen in Europa. Es ist deutlich, daß diese Politik von Deutschlands nationalem Trauma des Nationalsozialismus und Deutschlands eigener Aufarbeitung gesteuert wurde. ... Verzeihung!

In keiner Weise möchte ich die alte wohlbekannt und böse Nazi-Beschuldigung Deutschland und den Deutschen an den Kopf werfen; weit gefehlt! Das fürchterliche Schicksal, daß der Nationalsozialismus über die europäischen Völker und Deutschland selbst gebracht hat, hätte aus jedem Volk dieser Erde erwachsen können, die Geschichte kennt viele Beispiele solch religiöser Gewalt- und Machtausübung. Vielmehr preisen wir uns heute glücklich, Nachbar eines lebensstarken und sehr inspirierenden Deutschlands zu sein. Die ganze europäische Geschichte hindurch und auch heute verdanken wir Deutschland so viel: Sprache, Kultur, Literatur, Kunst, Politik, industrielle Kraft, Handel und Marktmöglichkeiten. Hier sind Viele, die Deutschland bewundern. Hier sind Viele, die sich über Reisen in Deutschlands Landschaften und Städte freuen, und wir lieben es, deutsche Literatur und Zeitungen zu lesen.

Es ist wichtig, daß der Nationalsozialismus heute nicht in Form eines großen deutschen Schuldkomplexes existiert, sondern (nur) als wichtige historische Erfahrung, die uns lehrt, welch große Kraft die Nationalität ist und warum sie deshalb weder pervertiert, unterdrückt noch aufgehoben werden sollte. Zum großen Schaden für Europa ist das nicht so.

Deutschland fürchtet sich vor sich selbst und seiner eigenen Nationalität. Die ganze deutsche Politik in Europa ist eine ewige nationale Entschuldigungspolitik wegen der Pervertierung des Nationalen durch den Nationalsozialismus. Darum zwingt Deutschland allen anderen Ländern ständig den gleichen Schuldkomplex und die gleiche Unterwürfigkeit gegenüber dem Nationalen auf. Deutschland will sich als Nation abschaffen: Deutschland schafft sich ab (auf deutsch geschrieben), weil Deutschland dieses verkrampfte, neurotische, unvernünftige, ja, gänzlich unreife Verhältnis zur Nationalität hat. So definiert Deutschland weiterhin seine Politik mit einer negativen Abhängigkeit zum Nationalsozialismus.

Das ist gefährlich; das ist heute Europas große politische und gesellschaftliche Tragödie. Und so ist es Deutschland, das wieder Europas Länder in schicksalhafte und vielleicht katastrophale Konflikte hineinzieht – selbst wenn Deutschland das Gute wollte.

Weder ein Mensch noch Volk kann sich ewige Buße oder Selbsterstörung auferlegen, ohne daß es in Krankheit und Unnatürlichkeit endet und vielleicht mit einem selbstgerechten und gewaltsamen Versuch, anderen die gleiche Buße und schuldbewußte Haltung aufzuzwingen. Jeder Mensch oder jede bürgerliche Identität wird sich erheben und sollte das dürfen. Es ist gefährlich, die nationale Wirklichkeit zu ignorieren. Egal, ob man es mit Nationalsozialismus, durch eine negative Abhängigkeit des Nationalsozialismus oder wie heute über einen supranationalen internationalen Sozialismus macht.

Der Nationalsozialismus pervertierte das Nationale. Er machte das Nationale zu einer Religion, die den Überfall der so geheiligten deutschen Nationalität auf andere Nationen rechtfertigte. ... Ein Unglück war das! Aber es ist nicht die Nationalität selbst, die pervers ist, sondern die religiöse Pervertierung der Nationalität. Der Nationalsozialismus kann wahrlich die Nationalität als notwendig, gesund, glücklich, lebensstüchtig und unausrottbar Realität im Leben der Menschen und Nationen nicht aufheben. ...

Der Kommunismus und der internationale Sozialismus, der heute immer noch sein gefährliches Spiel treibt, war eine Pervertierung des Nationalen. Der internationale Sozialismus hat – als Fortsetzung des Sowjetkommunismus – das Internationale zu einer Religion gemacht, die den politischen Überfall auf das Nationale und auf Nationen als selbständige Faktoren der

Politik rechtfertigen soll. Dieser internationale Sozialismus, Internationalismus, sorgt noch heute für unnatürliche Beziehungen zwischen den Nationen Europas. Und Deutschland ist zusammen mit Frankreich die treibende Kraft. ... Das Nationale ist die Voraussetzung für das Internationale; man kann das Internationale nicht durch die Aufhebung des Nationalen fördern. ...

Liebe Frau Merkel.

Ich habe Ihre Neujahrsansprache 2015 gelesen. Ich las Ihre heftige Verurteilung der Pegida-Demonstrationen, an denen Tausende ganz normale friedliche Deutsche teilnahmen. Sie sagten:

"Heute rufen wieder viele am Montag: Wir sind das Volk. Aber eigentlich meinen sie: Ihr gehört nicht dazu – aufgrund eurer Hautfarbe oder eurer Religion. Darum sage ich allen, die an solchen Demonstrationen teilnehmen: Folgt denen, die dazu auffordern, nicht. Denn so oft sind da Vorurteile, Kälte, ja, Haß in deren Herzen!"

Frau Merkel: Eigentlich meinen Sie, daß das deutsche Volk nichts ist. Denn nach dem Nationalsozialismus dürfen Deutsche kein Volk sein. Ihrer Meinung nach darf niemand – in einem begrenzenden Sinn – sagen: Wir sind das Volk. Und kein Mensch hat Ihrer Meinung nach das Recht, sich selbst und sein Volk gegen Hunderttausende von fremden Einwanderern, die die Kultur und Nationalität eines Landes auszulöschen drohen, zu verteidigen.

Ein Volk darf sich nicht lieben. Für Sie ist es offensichtlich böse, wenn jemand sich gegen die Auflösung der nationalen Grenzen verteidigt. Das verteidigt, was im hohen Maße die Existenz- und Identitätsgrundlage des Menschen ist.

Man sollte Sie wirklich fragen: Ist es nicht eine größere Bosheit, daß sie zu ihren Landsleuten sagen: "Ihr dürft nicht Deutsche sein; ihr dürft euch nicht als Deutsche abgrenzen und meinen, ihr hättet etwas Wichtiges gegenüber anderen und fremden Kulturen zu verteidigen. Ihr dürft keine Grenzen setzen, wer oder wie viele herkommen dürfen."

Ich frage noch einmal: Ist das nicht weitaus böswilliger?

Warum lassen Sie Ihre Sicht auf das Recht des deutschen Volkes, seine Nationalität verteidigen zu dürfen, von einer pervertierten Sicht des Nationalsozialismus dirigieren? Es gibt ja eine andere und wirklichkeitstreue Sicht auf das Nationale. Aber Nationalität kann nicht ausgelöscht werden. Und hier reden wir nicht platt und undurchdacht über Hautfarbe oder Religionszugehörigkeit in einer freien Gesellschaft.

Hier reden wir darüber, daß die Volkszugehörigkeit nicht Nichts ist. Im Gegenteil, sie ist etwas Besonderes, das man nicht ohne schwerwiegende Folgen politisch, sozial und persönlich löschen und ohne Verteidigung hergeben kann.

Sie haben hart und deutlich über eine gesamteuropäische Verteilung von Flüchtlingen und Einwanderern gesprochen. Und Sie sagen, das sei nur der Anfang. Sie haben die Regeln über die Registrierung im ersten Land der Dublin-Absprache aufgehoben. Sie haben eine Masseneinwanderung nach Österreich zugelassen. Eine Masseneinwanderung, die nicht ohne Auswirkungen auf Deutschlands Nachbarn bleibt.

Das ist gegenüber den Nachbarn unanständig. Nun dürfen also auch Deutschlands Nachbarn nicht mehr nein sagen, um ihre Nationalstaaten zu verteidigen. In dieser Situation ist Deutschland unsolidarisch und ohne politischen Instinkt für den Faktor, der in Europa von größter Bedeutung ist: die Nationalität.

Finden Sie es nicht merkwürdig, daß gerade die osteuropäischen Länder Polen, Tschechien, Slowakei und Ungarn die Länder sind, die Stopp gesagt haben? Sie sind offenbar die größten Gegner der europäischen Quotenverteilung. Die Länder, die sowohl den Nationalsozialismus und Sowjetkommunismus kennen, das heißt die Unterdrückung der Volksnationalitäten durch den internationalen Sozialismus. ... Genau diese Länder haben Stopp gesagt, weil sie wissen, was sie verteidigen müssen – als Volk. Ich empfehle Ihnen, intensiv auf diese Länder zu hö-

ren.

Als Dänemark vor einigen Jahren (2011) die Grenzkontrollen wieder einführt, hat das zu einer scharfen Kritik der deutschen Regierung und vielen deutschen Politikern geführt. Mit Freude konnte ich lesen, daß sie dafür von deutschen Lesern kritisiert wurden; es gibt also deutsche Bürger, die verstehen, was nationale Verteidigung (hier gegenüber krimineller Grenzüberschreitung) bedeutet. Das ist positiv. Ich fühle mich in einer deutsch-dänischen Verständnis-Allianz mit diesen deutschen Bürgern. Ich bin davon überzeugt, daß wir uns gemeinsam und friedlich mit Respekt begegnen können. ...

Wenn Sie und Deutschland jetzt so eifrig Europas Migrationsprobleme mit einer gemeinsamen europäischen Verteilungs-Vereinbarung lösen wollen, dann verbreitet Deutschland das Problem. ...

Man kann keinen Brand löschen, indem man ihn verbreitet. Sie können als deutsche Toppolitikerin und Bundeskanzlerin nicht umhin, die Größe und Bedeutung dieser Probleme zu sehen und zu hören, wie alle Gesellschaften in Europa verängstigt auf die Vorkommnisse reagieren. Wie können Sie so hartnäckig darauf bestehen und dagegen vorgehen, daß Europas Nationen dafür kämpfen, das zu verteidigen, was sie haben und das, was sie selbst sind?

Deutschland ist eine große, starke und einflußreiche Nation. Deutschland sollte vorangehen mit der Verteidigung der Menschen in Europa gegen die katastrophale Masseneinwanderung: Starke Überwachung und Schließung der Außengrenzen der EU – mit der Härte und dem Zynismus, die das erfordert.

Zum Beispiel mit einer starken maritimen Flotte im Mittelmeer. Stoppen Sie die Völkerwanderung über das Mittelmeer (Beispiel: Australien). Kontrolle und Bewachung von allen Binnengrenzen Europas und der EU. Rückführung von illegalen Flüchtlingen und Einwanderern. Aber zur gleichen Zeit Hilfe für die Länder außerhalb Europas, die unter den Flüchtlingsproblemen leiden, z.B. mit dem Aufbau und starker militärischer Bewachung der Flüchtlingsdörfer. ...

Aber wir können deutlich an der Politik die Deutschland in der EU und auch in der aktuellen Einwanderungsfrage verfolgt, merken, daß Deutschland die Länder Europas als Nationen, die etwas zu verteidigen haben, nicht respektiert. In der heutigen Situation ist Deutschland unsolidarisch.

Und die Ursache ist: Deutschland respektiert sich selbst nicht. Die Deutschen dürfen nicht sagen: Wir sind das Volk. Und die Deutschen dürfen sich nicht als Volk verstehen und verteidigen. Und Deutschland will offenbar auch nicht respektieren, daß Nachbarländer sich so verstehen und das sagen. Deutschland schafft Europa ab.

Es ist eine Tragödie, Zeuge sein zu müssen, daß Deutschland Europas Nationen nicht verteidigen kann und will, weil Deutschland sich selbst nicht verteidigen will. Wünscht sich Deutschland wieder, den größten Teil Europas gegen sich zu haben, weil deutsche Politiker nicht verstehen wollen, was Nationalität für die europäische Gesellschaft bedeutet?

Das Beste, das heute Europa geschehen könnte, wäre, wenn Deutschland seinen Selbstrespekt für seine eigene Nationalität und als Volk wiedergewinnen würde, und mit diesem Selbstbewußtsein anfangen würde, die Nationalitäten der übrigen europäischen Länder zu respektieren und ihnen bei der Verteidigung ihrer Nationalitäten unterstützen würde.<<

14.09.2015

BRD: Die monatlich erscheinende deutsche Zeitschrift "Cicero " berichtet am 14. September 2015: >>Flüchtlingspolitik - Merkels verhängnisvollster Fehler

Man muß nicht Viktor Orbán heißen und ungarischer Hardliner sein, um zu sagen: Angela Merkel hat einen Fehler gemacht. Und zwar den größten in ihrer bisherigen Kanzlerschaft. Damit schadet sie dem Land – und sich selbst

Etwas über 25.000 Quadratmeter Nutzfläche bei 620 Mitarbeitern bietet das Berliner Kanzler-

amt, zahllose sanitäre Einrichtungen, eine funktionierende Heizung und einige für gewisse Zeit verzichtbare Abteilungen obendrein. Mit Hubschrauberlandeplatz umfaßt das Terrain knapp 75.000 Quadratmeter. Viel Platz also für Zelte und Container.

Ideal. Man sollte ohne weitere Umschweife daran gehen, das Kanzleramt vorläufig und teilweise als Flüchtlingsunterkunft zu nutzen. Schließlich hat die Amtsinhaberin selbst in ihrer denkwürdigen Sommerpressekonferenz dargetan, daß jetzt nicht Vorschriften und beamtenhaftes Bedenkenträgertum Richtschnur sein dürfen, wenn es gilt, die Abertausenden Flüchtlinge schnell und unbürokratisch unterzubringen.

Merkels Marschbefehl

In dieser Pressekonferenz hat Angela Merkel den katastrophalsten Fehler ihrer Amtszeit begangen, indem sie sagte, "wir schaffen das" und damit all jene Flüchtlinge in Marsch setzte, die Deutschland und Europa jetzt an die und über jede Grenze der Hilfsbereitschaft führt.

Vor einigen Tagen habe ich an dieser Stelle noch darüber sinniert, was Merkel zu diesem unbedachten Wording (Äußerung) gebracht haben mag, nachdem sie sechs Wochen vorher einem palästinensischen Mädchen genau das Gegenteil gesagt hatte: "Wir können nicht alle nehmen."

Es ist aber eigentlich auch egal, warum sie es getan hat. Fakt ist: Es war ein katastrophaler Fehler, der alle Schleusen geöffnet hat. Am Wochenende hat in einer Not-Pressekonferenz ihr Innenminister einen hilflos anmutenden Versuch unternommen, in Merkels Auftrag die Schleusen wieder zu schließen, in dem Schengen befristet außer Kraft gesetzt wurde. Sie hatte nicht den Schneid, vor ihr Volk zu treten und selbst einzuräumen, daß sie – aus welchem Motiv auch immer – einen fatalen Fehler gemacht hat.

Dieser Fehler stellt nun Deutschland und Europa auf eine ungeheure Belastungsprobe. Im Prinzip, es tut mir leid das zu sagen, bewahrheitet sich nun, was Ungarns Regierungschef Viktor Orbán immer gesagt hat: Das sind Merkels Flüchtlingsströme.

Was da kommt, kann weder dieses Land noch die Europäische Union noch der Kontinent Europa in dieser Geschwindigkeit und dieser Massierung schultern.

Es wird Verwerfungen geben. Was Merkel getan hat, wird gefährlich für die innere Stabilität dieses Landes und Europas.

Seehofer hat recht und Gabriel steht bereit

Und es wird gefährlich für sie selbst und ihre Kanzlerschaft. Es fällt einem nicht leicht, das nach all dem Unsinn zu sagen, den die CSU in den vergangenen Monaten und Jahren zu verantworten hat: Maut und Betreuungsgeld und so weiter. Aber jetzt hat Horst Seehofer eines, und nur eines: recht. Vielleicht ist die Wortwahl etwas schwierig, wenn es um Menschen in höchster Not geht und man dann von Flaschen und Stöpseln spricht: Aber wie soll dieser Strom, dieser Merkel-Strom wieder in einigermaßen geordnete Bahnen gelenkt werden?

Es wird auch gefährlich für sie selbst. Zum ersten Mal in ihrer fast zehnjährigen Kanzlerschaft. Da braut sich was zusammen. In der Union und in der Gesellschaft. Horst Seehofer und die CSU haben sich schon von ihr distanziert, ihre treuen Knappen Volker Kauder und Thomas de Maizière halten ihr die Treue und versuchen zu halten, was zu halten ist. Aber auch in der CDU erodiert der Rückhalt für Merkel. Sie hat in einer Krisensituation in einem entscheidenden Moment Schwäche gezeigt. Das merkt eine Meute, und jede Partei ist eine Meute.

Und sie hat eine kolossale Fehlentscheidung getroffen, die noch dazu inhaltlich quer zum Denken großer Teile des konservativen Spektrums steht.

Der Mann, der ihr im Unterschied zu Seehofer noch scheinbar treu zu Seite steht, tut das in Wahrheit schon nicht mehr. Es ist kein Zufall, daß Vizekanzler und SPD-Chef Sigmar Gabriel die Zahl der zu erwartenden Flüchtlinge dieses Jahr von 800.000 auf eine Million erhöht hat.

Gabriel wird von nun an tun, was er am besten kann: Scheinbar zu ihr stehen und sie gleich-

zeitig grillen.<<

Gerd Schultze-Rhonhof (von 1959-1996 Angehöriger der deutschen Bundeswehr, seit 1991 Generalmajor) schreibt im September 2015 wegen der unregelmäßigen Masseneinwanderung von Migranten folgenden "Offenen Brief" an die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel (x854/...):

>>Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,

wir Bürger werden immer wieder aufgerufen, uns am politischen Leben zu beteiligen. Ich tue dies mit dieser Eingabe zur Lösung des augenblicklichen Problems der Migration an Sie, Frau Bundeskanzlerin Dr. Merkel, und einige Ihrer Abgeordneten-Kolleginnen und -Kollegen. Da ich mehrfach die schlechte Erfahrung gemacht habe, daß Minister und Ministerpräsidenten meine Eingaben nicht beantwortet haben, erlaube ich mir, diesen Brief als "offenen Brief" zu behandeln und ihn auch an alle Länder-Ministerpräsidentinnen und Präsidenten, an die Damen und Herren Parteivorsitzenden und an einige andere Politiker zu senden, mit der Bitte, Sie zu unterstützen, sowie an einige Zeitschriften und Privatpersonen.

Mit freundlichem Gruß Gerd Schultze-Rhonhof

Grenzenlose Gastfreundschaft

Ich möchte nicht als ausländerfeindlich gelten. Habe ein halbes Jahr lang einem Armutsflichtling ohne Gegenleistung ein Zimmer mit Bad gestellt, ihn an den Mahlzeiten der Familie teilnehmen lassen, ein Fahrrad geschenkt und ihn unfallversichert.

Trotzdem meine ich, daß die jetzige, in Deutschland gewährte grenzenlose Gastfreundschaft gegenüber Migranten sinnlos ist, unser Sozialsystem und unseren sozialen Frieden zerstört, das bisher noch vorhandene Vertrauen unserer Bevölkerung in die Funktionsfähigkeit von Parlament, Demokratie und Kommission der Europäischen Union im allgemeinen und die Fähigkeiten der hier politisch handelnden Funktionsträger im besonderen schwer beschädigt, wenn nicht gar bei Teilen der Bevölkerung völlig zerstört. Rund 50 % Nichtwähler unter den deutschen Wahlberechtigten zeigen, wie weit dieser Enttäuschungs- und Entfremdungsprozeß jetzt schon ohne den neuen Einwanderungsdruck gediehen ist.

Wir erleben derzeit sehenden Auges einen Zustrom von mehrheitlich nicht integrierbaren Migranten und Flüchtlingen nach Deutschland und einigen anderen Ländern Europas, der unsere Gesellschaft sprengen, unsere Demokratie als handlungsunfähig vorführen, unsere Kommunen auf Dauer in die Zahlungsunfähigkeit treiben und unser eigenes Volk langfristig auf seinem Territorium zur Minderheit werden läßt. Wir sind die tatenlosen Zuschauer des Beginns einer Völkerwanderung, die Sie als solche offensichtlich nicht zur Kenntnis nehmen.

Sie, verehrte Frau Bundeskanzlerin, werden es durch ihre bisherige Konzeptlosigkeit und Unentschlossenheit vor unseren Enkeln mit zu verantworten haben, daß wir in wenigen Jahren Rassenprobleme wie in den USA, Banlieues wie in Frankreich und rechtlose Stadtteile wie in England haben, wenn Sie der jetzigen Entwicklung weiter konzeptlos und ohne wirksame Taten zusehen.

Ich bitte sie deshalb dringend, zu erwirken,

- daß die Anwendung des Asylrechts wieder auf den im GG festgeschriebenen Kern zurückgeführt wird,
- daß der Rechts-Instanzenweg im Asylverfahren abgeschafft wird,
- daß die Asylverfahren afrikanischer Migranten in Nordafrika oder in den Herkunftsländern der Migranten abgewickelt werden,
- daß die Einwanderung per Schiff über das Mittelmeer nach australischem Vorbild unterbunden wird,
- daß Angehörige von Nicht-EU-Balkanstaaten und aus asiatischen Unruhe- und Armutsgeländen ihre Asyl- oder Einwanderungsbegehren nur an deutschen Vertretungen in ihren Heimatländern vorbringen können, und daß Angehörige dieser Staaten und Gebiete ohne positive

Asyl- oder Einwanderungsbescheide bei illegaler Einwanderung sofort repatriiert werden,
– daß nur Asyl- und Einwanderungsbegehrende aus Kriegsgebieten wie derzeit Syrien wie bisher behandelt werden und

– daß die Einwanderung generell nach kanadischem Vorbild und deutschem Interesse gesteuert wird. (Einzelheiten zu diesen Vorschlägen lesen Sie bitte auf dem letzten Blatt.)

Zur Begründung meines Begehrens lesen Sie bitte Folgendes:

Falsche Prognosen

Die Ströme von Migranten, die in diesem Jahr auf Deutschland zukommen, wurden erst auf 250.000, dann auf 450.000 und nun auf 800.000 prognostiziert. Wie wir alle "die Politik" kennen, wird jede unangenehme Entwicklung nur scheinbar zugegeben.

Zum Jahresende ist eine Realität von einer Million Migranten nicht unwahrscheinlich. Und in den kommenden Jahren ist nicht mit einem Abnehmen des Migranten-Stroms zu rechnen, weil die Bevölkerungsexplosion in Afrika und die Entfesselung von Bürgerkriegen rund um Kerneuropa kein Ende nehmen, und weil das überwiegend herzliche Willkommen in Deutschland und in Österreich einen unwiderstehlichen Sog auf weitere Millionen "Migranten in Warteposition" ausüben. Unablässig verbreitet sich die frohe Kunde der erfolgreich Angekommenen per Handy in Windeseile innerhalb der Auswanderungsländer und setzt neue Wanderer in Marsch.

Anfang einer Völkerwanderung

Der jetzige Strom an Zuwanderern ist kein einmaliges und mit unseren bisherigen Gewohnheiten und Mitteln zu lösendes europäisches Problem. Und die großzügigen Gesten der deutschen und der österreichischen Regierung, ein paar Tausend in Budapest "aufgestaute" Migranten ins Land zu lassen, um das dortige Elend zu beenden, sind nicht, wie einige deutsche Minister geäußert haben, ein einmaliger Akt.

Es wird ein Drama mit immer neuen Szenen geben. Das jetzige Drama ist der Anfang eines stets weiter anschwellenden Problems, der Anfang einer Völkerwanderung. Außerdem ist diese Völkerwanderung aus der Migrantensicht nicht in erster Linie ein europäisches Problem, weil die meisten Migranten ganz bewußt Deutschland und Österreich wegen ihrer Sozialsysteme und ihrer Ausländerfreundlichkeit ansteuern. Trotzdem können sich unsere Politiker bisher nicht zu einer grundsätzlichen und nachhaltigen Lösung des Problems durchringen.

Armutsbekämpfung

Im Jahr 1962 habe ich auf einem Seminar im Auswärtigen Amt gehört, daß Westdeutschland die Armut der Welt durch Entwicklungshilfe am Entstehungsort bekämpfen werde. Das hat in Fernost und in Südamerika da ganz und dort weitgehend funktioniert. In weiten Teilen Afrikas sind die Lebensumstände heute aber bedrückender als damals. Im Jahr 1990 hat der UNHCR prognostiziert, daß die Flüchtlingsströme auf 50 Millionen Menschen pro Jahr anschwellen werden.

Ich habe damals auf einer Parteiveranstaltung gefragt, wie Deutschland darauf reagieren werde. Die Antwort war: "Wir bekämpfen die Armut am Ort ihres Entstehens." Was die Politiker-Worte von 1962 und 1990 und heute zu dieser Frage wert sind, sieht man. Auch die jetzige Einlassung eines deutschen Parteivorsitzenden, man brauche einen neuen Marshall-Plan für bedürftige Staaten, läßt außer Acht, daß Deutschland die Marshall-Hilfe zurückzahlen mußte. Der Herr Parteivorsitzende hat aber dem Anschein nach wieder nur an geschenktes Geld gedacht.

Drei Migrantenströme

Wir werden jetzt von drei Migrantenströmen überrollt, aus Afrika, aus Kriegsgebieten und aus den südlichen Balkanländern.

Afrika

Afrika hat einen jährlichen Bevölkerungszuwachs von 30 Millionen Menschen. Ein erhebli-

cher Anteil dieser Menschen wird Jahr für Jahr nach Europa drängen. Je mehr Europa davon aufnimmt und je komfortabler der zeitweilige oder dauerhafte Aufenthalt in Europa erlebt wird, desto größer wird der Anreiz für immer neuen Migranten.

Inzwischen brauchen Migranten nur noch am Südufer des Mittelmeers in See zu stechen, dann werden sie von den NATO-Marinen abgeholt und auf die europäische Seite des Mittelmeers transportiert. Sie, die Politiker, die das veranlassen, machen unsere Marinesoldaten damit zu "Schleppern und Schleusern" entgegen deren guter Absicht. Außerdem muß zur Kenntnis genommen werden, daß die Systemwechsel-Politik der USA, Großbritanniens und Frankreichs in den Staaten des Süd- und des Ostrandes des Mittelmeers erst die Tore für die Migranten-Ströme aus dieser Richtung geöffnet hat.

Insbesondere der illegale und unnötige Sturz des Gaddafi-Regimes in Libyen hat das zuvor verschlossene Tor vor Afrika weit aufgerissen. Es ist bemerkenswert, daß sich unsere Verbündeten USA und Großbritannien an der Bewältigung des durch die Destabilisierung Libyens entstandenen Migranten-Stroms nicht bzw. kaum beteiligen.

Je mehr Migranten wir über das Mittelmeer aufnehmen, desto größer werden der Anreiz für weitere Migranten, der Gewinn der Schlepper und die Zahl der Ertrinkenden. Die australische Regierung hat das gleiche Drama auf den Seegebieten vor ihrer Nordküste auf wirksame Weise beendet. Sie hat 2013 in allen Herkunftsländern Zeitungs- und TV-Anzeigen geschaltet und verkündet, daß Asylanträge nur noch in den dortigen Konsulaten angenommen und Bootsflüchtlinge generell zurückschickt werden. Und die australische Marine nimmt Flüchtlingsboote seither "auf den Haken", in Seenot geratene Migranten an Bord und fährt sie an die nächste Küste auf dem Gegenufer zurück. Nach kurzer Zeit ist kein einziger Bootsflüchtling mehr vor Australiens Nordküste ertrunken.

Ich fordere Sie auf, auf ein derartiges Vorgehen aller EU Staaten im Mittelmeerraum zu drängen, Schiffe der Bundesmarine unverzüglich in dieser Weise einzusetzen und den anderen EU Staaten so voranzugehen. Und ich fordere Sie auf, die Asylanträge der afrikanischen Migranten, wie bereits vom Innenminister vorgeschlagen, in deren Heimatländern prüfen zu lassen.

Kriegsgebiete

Auch die Flüchtlinge aus Kriegsgebieten kommen derzeit aus Territorien, an deren Destabilisierung ein Teil unserer Verbündeten mit offenen Kriegshandlungen, Geheimdiensten, Söldnern und Geldzuwendungen einen wesentlichen Anteil hat. Kriegsflüchtlingen muß zwar zeitweise Schutz und Bleibe geboten werden, aber nach den Kriegen sollten sie ihre Länder wieder aufbauen und dazu repatriert werden. Jahrelanges Verbleiben in Deutschland, Asylanträge mit oft jahrelangen Gerichtsverfahren durch den Instanzenweg hindurch und sogenannte Abschiebehindernisse führen dazu, daß das für die Kriegsdauer gewährte Gastrecht von vielen Flüchtlingen zu einem Anspruch auf Dauerverbleib und ein leichteres Leben in Deutschland ausgenutzt wird.

Deutschland besitzt keinen Steuerungsmechanismus zur Auswahl dieser Zuwanderer, und unsere Politiker auf Länder- und Bundesebene besitzen offensichtlich nicht die Weitsicht für die Folgen dieses Zustroms für unser Sozialsystem und unseren sozialen Frieden und nicht den Mut, die Repatriierungen durchzusetzen. Schon eine Bürgerinitiative wohlmeinender und mitfühlender Flüchtlingsnachbarn gegen eine Abschiebung versetzt fast jeden Politiker in "Wähler-Angst". So verbleiben bei etwa 97 % der abgelehnten Asylanträge 85 % der Antragsteller trotzdem in Deutschland. Sie werden entweder geduldet oder sie tauchen unverzüglich unter. So verbleiben im familiären Rand nicht repatriierter Bürgerkriegsflüchtlinge in Summa auch massenweise nicht integrierbare und sozialhilfeempfangende Ausländer in Deutschland.

Südliche Balkanländer

Eine dritte Gruppe sind derzeit die Migranten aus den südlichen Balkanländern. Es sind in der Regel Menschen mit dem verständlichen Wunsch nach einem materiell besseren und sichere-

ren Leben. Solange sie in geringen Zahlen kamen, konnte unser Volk sie materiell versorgen, und es bestand eine größere Chance, sie in unsere Gesellschaft zu integrieren.

Der jetzt auf Deutschland zurollende, ungebremste Migranten-Strom aus dieser Region sprengt zusammen mit den zwei vorgenannten Migranten-Bewegungen auf Dauer unsere Staats- und Kommunalfinanzen, zerstört den Bürgerfrieden in kleinen Städten, Ortschaften und in vielen Stadtteilen großer Städte und überfordert die Kapazitäten der Kommunalverwaltungen, der karitativen Einrichtungen und der freiwilligen deutschen Helfer.

Verpflichtungen

So verständlich es ist, daß Menschen aus Überbevölkerungsgebieten, Kriegsgebieten, Katastrophengebieten und Herrschaftsgebieten mit eingeschränkten Bürgerfreiheiten bei uns in Nordeuropa Schutz, Asyl und bessere Lebensbedingungen suchen, so sehr gehört es zur selben Realität, daß sie auf Dauer von uns ernährt, untergebracht und versorgt werden wollen.

Wir, das deutsche Volk, sind aber genauso wenig moralisch oder anders verpflichtet, wie z.B. Dänen, Tschechen oder Polen, die Aufbau- und Lebensleistung von uns und unserer Vorfahren bis hin zur Selbstzerstörung unseres Gemeinwesens und seiner politischen Kultur den Hoffnungen der Migranten zu opfern.

Wir sind nicht verpflichtet, unsere materielle und kulturelle Substanz und unsere auf numerischer Überlegenheit beruhende Selbstbestimmung im eigenen Land auf Dauer an fremdstämmige Migranten-Mehrheiten abzugeben. Dabei ist nicht nur an die direkte Zuwanderung zu denken. Im Haus neben mir z.B. wohnt eine Migranten-Familie (ohne Deutschkenntnisse). Das Familienoberhaupt hat 11 Kinder, und eine seiner Töchter hat bereits 12 Kinder. Fast alle jüngeren Migranten bekunden außerdem, daß sie ihre Familien nachzuholen gedenken.

Gegenseitige Forderungen und Ablenkungsmanöver

Deutsche Politiker auf allen Ebenen vom Europäischen Parlament bis zu den Gemeinderäten sind offensichtlich unfähig, die angesprochenen Probleme grundsätzlich, durchgreifend und nachhaltig zu lösen. Sie verlangen gegenseitig voneinander die Lösung der Probleme oder Hilfen dazu: mal soll es eine EU-Lösung sein, mal sollen es die Kommunen richten, mal der Gesetzgeber, mal soll der Bund mehr Geld geben, mal soll die freiwillig helfende Bevölkerung mehr leisten. Offensichtlich ist unser System nicht mehr dazu tauglich, Probleme dieses Ausmaßes in den Griff zu bekommen. Politiker und Medien überbieten sich statt dessen im Nebelkerzen-Werfen und Ablenken. Sie verweisen auf die Nützlichkeit zuwandernder Arbeitskräfte.

Der Versuch in einer mitteldeutschen Großstadt, aus 300 "Asylbewerbern" Kräfte für den Arbeitsmarkt zu gewinnen, ergab 6 vermittelbare Zuwanderer, und der dänische Arbeitgeberverband hat in diesem Frühjahr eingestanden, daß die Integration von Migranten in den Arbeitsmarkt auf ganzer Linie gescheitert ist. Zahlreiche Medien überbieten sich gegenseitig mit der Darstellung erfolgreicher Integrations-Initiativen und suggerieren damit eine falsche Wirklichkeit. Tausend gelungene Integrationsbeispiele bei einer Millionenzuwanderung betreffen nur ein Promille der Realität.

Diese Medien versuchen hiermit, die öffentliche Stimmung zu manipulieren. Andere Politiker und Medien preisen die multikulturelle Vielfalt. Sie wissen offensichtlich nichts von "Multikulti" in Belgien, im alten Serbien, in der Ukraine und in Syrien, geschweige denn von "Multikulti" in mehreren Stadtteilen deutscher Großstädte. Die Geschichts- und Landeskenntnis der deutschen Durchschnittspolitiker reicht diesem Anschein nach nur zur Wiederholung andernorts schon gemachter Fehler.

Falscher Vergleich

Manche Politiker kommen uns mit falschen Vergleichen, so z.B. mit der Aufnahme der ostdeutschen Vertriebenen 1945 und 1946. Die damaligen Vertriebenen wurden samt und sonders von Polen, Tschechen und Sowjets mit roher Gewalt aus ihrer Heimat ausgetrieben, in

der sie trotz aller Kriegszerstörungen sonst gern geblieben wären. Die Vertriebenen flohen auch nicht in ein reiches, "gelobtes Land", um besser zu leben. Sie flohen in einen ebenfalls verwüsteten, verarmten Teil ihres eigenen Landes.

Ihre Perspektive ergab sich aus ihrer Integrationsfähigkeit, aus ihrem Fleiß und ihrer Fähigkeit, das zerstörte Westdeutschland wieder mit aufzubauen. Alles das ist bei der übergroßen Mehrheit der heutigen Migranten nicht vorhanden. Es handelte sich damals einerseits um die Flucht innerhalb des eigenen Landes und andererseits um die Aufnahme von Landsleuten. Vielen deutschen Politikern und Medienschaffenden ist aber offensichtlich das Empfinden für die Besonderheit einer Solidarität unter Landsleuten abhanden gekommen.

Beschimpfungen und mangelhafte Berichterstattung

Die Mehrheit der deutschen Politiker und Medienleute lenkt mit der Beschimpfung von Kritikern und den Klagen über Ausländerfeindlichkeit vom eigentlichen Problem, der außer Kontrolle geratenen Massen-Zuwanderung, ab. Ausländerfeindlichkeit ist häßlich, aber verglichen mit der derzeitigen Problem-Massierung nur ein sehr bedauerlicher "Kollateralschaden".

Zuwanderungskritik ist etwas anderes. Es fehlt das Reflektieren der Bedenken der Einwanderungskritiker. Sie werden in die rechtsradikale Ecke gestellt, "aus der Front der Demokraten" exkommuniziert, als "dumpfes" Pegida-Volk und "empathieloses Pack" beschimpft, des Populismus und des Rassismus bezichtigt, ihnen werden unberechtigte Ängste und Angstmache unterstellt, ihre Bedenken werden als "ideologischer Müll" bezeichnet oder sie werden anderweit verunglimpft und gemobbt. Es fehlt dagegen jegliche Berichterstattung über die nachbarschaftlichen Unverträglichkeiten, die oft in der Nähe größerer Migranten-Ansiedlungen bestehen.

Es gibt in den Medien keine Berichterstattung über die wirklichen Schwierigkeiten der Einfügung in die deutsche Gesellschaft. Es wird nicht über die Fälle von Angriffen und Beschimpfungen auf und von Polizei und Anwohner berichtet und nicht von Fällen von Vermüllung von Unterkünften und Straßen.

Es gibt statt dessen entweder Schuldzuweisungen gegen deutschstämmige Deutsche oder Berichte über lobenswerte Beispiele deutscher Integrationshilfen. Die Realitäten dazwischen werden unterschlagen.

Weiterhin wird manchmal falsch, manchmal manipuliert und nach meiner bisherigen Kenntnis nie richtig und umfassend über die Kosten informiert, die ein Migrant (vor seiner Anerkennung als Asylant oder bis zu seiner Ausweisung) pro Monat durchschnittlich den Steuerzahler kostet: an Lebensunterhalt, Unterkunfts-Sanierung, Miete, laufender Reinigung der Unterkünfte, medizinischer Versorgung, Fahrrad, Handy, Wäsche, Taschengeld, Sprachunterricht, Gerichtskosten, Übersetzer-Kosten, Betreuer-Kosten, Polizei-Einsatzkosten, zusätzlichen Planstellen für zusätzliche Lehrer und die Bearbeiter von Registrierungen und Asylanträgen sowie die Rückführungen usw.

In einer demokratischen Gesellschaft mit einer freien Presse hätte das längst offengelegt werden müssen. Daß dies nicht geschieht, erweckt den Anschein, daß alle Politiker Angst haben, Ihre Wähler darüber zu informieren und daß die Medien zu gewissen Themen über die Presse- und Fernsehräte gelenkt werden.

Zuwanderungskritik

Die durch Beschimpfungen und Mediendruck nicht mehr öffentlich geäußerte Zuwanderungskritik entzündet sich vordergründig an dem zur Schau gestellten Verhalten etlicher Migranten. Sie hat aber auch eine grundsätzliche Dimension.

Die vordergründige Kritik entzündet sich am unangemessenen Verhalten einiger Asylanten und in Deutschland verbleibender oder geduldeter Migranten. Es mag nicht häufig vorkommen, aber es "verbreitet" sich schnell auf dem Erzählweg. Ich nenne aufdringliches Macho-Verhalten, Mißachtung von deutschen Frauen, z.B. Verhöhnung von Helferinnen, die den Toi-

lettendreck der Migranten entfernen, Drogenhandel, Rempelen und Schlägereien, überzogene Anspruchshaltung bei Behörden und Ärzten, mangelhafte Hygiene in den Unterkünften, das Verdrängen anderer Ethnien bis hin zur Drangsalierung deutschstämmiger Kinder in mehrheitlich migrantenstämmigen Schulklassen u.a.m.

Die grundsätzliche Dimension ist dagegen bedeutender. Es geht um den Charakter unseres Landes, die Identität, die Sitten und die Rechtsordnung unseres Volkes, um unsere politische Kultur und um unsere Selbstbestimmung als Gastgeber im eigenen Land. Weite Teile unserer Bevölkerung, wahrscheinlich eine Mehrheit der deutschstämmigen Deutschen, wollen ihr Land, ihre Identität und das Sagen im eigenen Land behalten. Diese Mehrheit will keine Auflösung der deutschen Nation in einer europäisch-asiatisch-afrikanischen Mischbevölkerung und keine Auflösung unseres Staats in einem Europa-Staat.

Das haben wir Jahrzehnte lang so gesehen, und das ist uns genauso lang von unseren Spitzenpolitikern versichert worden. Es hieß lange Zeit, daß die Bundesrepublik ein föderatives Europa anstrebt; von einem europäischen Staatsvolk und einem Europa-Staat war nicht die Rede. Aber bereits 1990 gab Herr Lafontaine aus seiner damaligen Ablehnung der deutschen Wiedervereinigung und seiner Ablehnung der damit verbundenen Stärkung Deutschlands die Gegenrichtung vor. Er sagte in einem Vortrag: "Wir wollen die Vereinigten Staaten von Europa. Deshalb müssen wir uns von dem völkisch orientierten Nationenbegriff lösen."

Dahingegen bekundete der Vizepräsident der EU Kommission Sir Leon Brittan im Oktober 1996: "Der deutsche Bundeskanzler Kohl hat uns zugesagt, daß er keine Vereinigten Staaten von Europa anstrebt, und daß die Nationen erhalten bleiben."

Drei Jahre später Bundespräsident Rau: "Eine Europäische Föderation wäre nicht darauf angelegt, die Nationalstaaten verschwinden zu lassen." (4.11.1999).

Innenminister Schönbohm (Brandenburg): "Ich glaube, die Nation ist ein ganz wichtiger Identifikationsrahmen in der Geschichte, Schicksalsgemeinschaft, Staatsvolk, Kultur und gemeinsame Zukunftsgestaltung." (26.3.1999)

Die seit ein paar Jahren betriebene Vergemeinschaftung innerhalb der EU zielt aber eindeutig auf einen gemeinsamen Staat und auf eine Mischung der Landesbevölkerungen bis zum Verschwinden ihrer nationalen Eigenschaften und Identitäten.

Der 2014, wie von lenkender Hand gesteuert, einsetzende Migranten-Strom verändert nun auch das Staatsvolk Deutschlands in einer Geschwindigkeit, die keine Integration und Assimilation der Neubürger mehr zuläßt. Nach ungefähren UNHCR-Prognosen und einer genaueren des Prof. für Militärdemographie, Heinsohn, am NATO Defense College (Rom) kommen bis 2050 etwa 950 Millionen Migranten aus Afrika und aus dem Nahen Osten auf Europa zu. Wenn sich ein Drittel davon in Deutschland ansiedelt, verändert das unser Staatsvolk von Grund auf. Pikanterweise erinnert dieser Prozeß an eines der amerikanischen Kriegsziele von 1945, "Der Abschaffung der Reinrassigkeit in Deutschland".

Sie, Frau Dr. Merkel, sagen heute: "Deutschland und Europa werden sich verändern". Sie sagten aber noch im November 2004: "Die multikulturelle Gesellschaft ist gescheitert".

Ihre Anpassung in dieser Hinsicht zeugt von Resignation oder von Prinzipienlosigkeit. Bitte verstehen Sie, daß ein großer Teil der deutschstämmigen Deutschen Ihren Sinneswandel nicht mitvollziehen kann und will. Viele Bürger wollen, daß sie, ihre Kinder und Kindeskinde der dominierende Bevölkerungsteil im eigenen Lande bleiben. Sie sehen in der anrollenden Völkerwanderung eine kalte Eroberung. Viele sind überzeugt, daß die Worte unseres Altkanzlers Schmidt der nahenden Realität entsprechen: "Wir können nicht mehr Ausländer verdauen, das gibt Mord und Totschlag."

Es gibt keine Vertretung der konservativen, das Staatsvolk und die Rechtsordnung bewahrenden Deutschen mehr in den Volksparteien. Diese Wählergruppe ist heute ohne Stimme, und sie gehört inzwischen mehrheitlich zu den Wahlverweigerern. Die deutschen Politiker sollten

diesen Umstand in ihrem Willkommens-Hype nicht übersehen, so wie die vielen Wiedervereinigungsgegner von vor 1998 und die Mehrzahl der Medien die tatsächliche Stimmung für eine Wiedervereinigung falsch eingeschätzt haben. (Ablehnend: Lafontaine, Schröder, Bahr, Hans Jochen Vogel, Brandt, Bölling, Glotz, Steinkühler, Joschka Fischer, Jürgen Schmude u.a.m.)

Bitte verkennen Sie auch nicht, daß die häßlichen Gewalttaten gegen Migranten-Wohnheime nur die unschöne Spitze eines unter Wasser großen Eisbergs seriöser Sorgen sind.

Belastungen contra Bereicherung

Regierung und Medien bemühen sich, der deutschen Bevölkerung den Zuzug von Migranten in großer Zahl als kulturelle Bereicherung, als Hilfen für den Arbeitsmarkt und als Ausgleich für den derzeitigen Bevölkerungsschwund anzupreisen und eine "Veränderung Deutschlands und Europas" wie etwas Positives erscheinen zu lassen.

Es wird verschwiegen, daß diese Vorteile nur begrenzt zutreffen, und es wird vor allem völlig unterschlagen, daß der Zuzug von Migranten in großen Zahlen auch erhebliche Nachteile für die deutsche Bevölkerung und den deutschen Staat mit sich bringt, dies vor allem, wenn der Migranten-Zulauf weiter unvermindert anhält. Es seien erwähnt:

- die Mißstimmung in einer großen Zahl anderer EU Staaten über Deutschlands Vorpreschen mit seiner Migranten-Aufnahme und über den von ihm ausgeübten Druck zur Übernahme von Migranten nach einer Quote,
- das Bilden weiterer Parallelgesellschaften durch nicht gelungene Integration (Hierauf hat Brandenburgs Innenminister Schönbohm schon 1999 hingewiesen.),
- das Abgleiten weiterer Stadtteile in Zonen außerhalb deutschen Rechts und deutscher Polizeigewalt,
- der überproportionale Zuzug von in den Arbeitsmarkt nicht vermittelbaren Migranten bei unterproportionalem Zuzug von arbeitsmarktauglichen Migranten,
- dadurch die Zunahme der Armen und der Armut in Deutschland,
- das Absenken der durchschnittlichen Pisa-Vergleichs-Ergebnisse für die Kinder der Wohnbevölkerung in Deutschland,
- die anwachsenden Sozialkosten und Transferleistungen in nicht abschätzbarem Ausmaß,
- dadurch zunehmende Belastungen für die öffentlichen Haushalte und deren erneute Verschuldung,
- die weitere Desintegration der deutschen Bevölkerung,
- das "Einwandern" von Antisemitismus und von ethnischen und religiösen Konflikten aus den Herkunftsländern,
- die Überlastung des Schulwesens,
- das Entstehen einer "Sozialblase" durch den weiter wachsenden Bedarf an Sozialarbeitern, Angestellten der Arbeitsämter und Sozialbehörden, Betreuern, Sonderlehrern, Kita-Mitarbeiterinnen, Gefängnispersonal usw.,
- das Bilden eines neuen Großstadtproletariats aus arbeits- und beschäftigungslosen, nicht integrierten Migranten und abgelehnten, abschiebebedrohten und untergetauchten Asylbewerbern, deren hohe Erwartungen an Deutschland sich trotz eines anfangs herzlichen Willkommens nicht erfüllt haben,
- die verdeckten und leichteren Einreisemöglichkeiten für Extremisten und Terroristen und
- die Abwanderung qualifizierter Fachkräfte und von Akademikern aus "armen" Staaten, die aus Sicht der Herkunftsländer dort zu Fortschritt und Lebensstandard beitragen müßten. Dies wirkt der deutschen Entwicklungshilfe entgegen.

Zu der hier kritisierten Darstellung der Zuwanderungsfolgen durch Regierung und Medien muß man bemerken, daß die ganze Lüge bei der halben Wahrheit anfängt.

Asyl

Nach Artikel 16a des GG genießen "politisch Verfolgte" Asylrecht in Deutschland und für abgelehnte Asylsuchende gibt es in bestimmten Fällen Abschiebeverbote. Soweit ergänzende Ausführungsbestimmungen, Gesetze und Urteile den Kreis der "politisch Verfolgten" erweitert haben, können diese Gesetze und Bestimmungen geändert werden und ergangenen Urteilen, auch des Bundesverfassungsgerichts, können in einer neuen Lage neue Urteile nachfolgen. Auch bei früheren, anderen Änderungen der politischen "Großwetterlagen" hat das Bundesverfassungsgericht das GG neu interpretiert und der Bundestag in Grundsatzfragen Kehrtwendungen gemacht, z.B. zu den Bundeswehreinsätzen im Ausland.

Durch den 2015 einsetzenden Massen-Ansturm von Migranten ist wieder eine neue Großwetterlage für Deutschland entstanden. Die Zahl der Asylanträge ist sprunghaft angestiegen. Zwei Drittel der abgelehnten Antragsteller gehen mit Berufungen in den oft Jahre dauernden Gerichts-Instanzenweg. Deutsche Gerichte können sich wegen der Überlastung nur noch unzureichend mit den Rechtsverfahren deutscher Parteien befassen. Hohe Prozeß- und Dolmetscherkosten belasten den deutschen Steuerzahler. Die verursachte jahrelange Dauer der Asylverfahren führt in der Regel anschließend zur Aufenthaltsduldung der Antragsteller oder diese tauchen mit großer Mehrheit unter, um einer Abschiebung zu entgehen. Abschiebehindernisse sind oft nicht zu überprüfen oder sie sind fragwürdig.

Warum z.B. dürfen junge Eritreer, die ihren langen Nationaldienst im Heimatland nicht leisten wollen, nur deshalb nicht abgeschoben werden, weil sie bei Rückkehr dafür bestraft würden. Internetportale geben Argumentationshilfen für Asylanträge. Angaben über Herkunftsstaaten sind oft nicht zu verifizieren. Syrische Pässe werden gehandelt. So ist eine Grauzone um ein edles Grundrecht entstanden, in der deutsche Dienststellen für Asylverfahren und Gerichte jetzt und vorhersehbar in Zukunft überfordert sind.

Politiker-Aussagen wie, "Asyl hat keine Obergrenze" oder "Wir wollen Asylrecht nicht verschärfen. Wir wollen freiwillig zurückführen" sind angesichts der Lageentwicklung weltfremd. Das Asylrecht soll, wie im GG formuliert, Bestand haben, aber die deutsche Asyl- und Abschiebe-Praxis müssen der neuen Lage angepaßt werden.

Ich bitte Sie, eine Änderung der Gesetze und Bestimmungen zu erwirken, die den Kreis der anerkannten Asylanten wieder auf wirklich "politisch Verfolgte" begrenzt, wie das GG es vorsieht, eine Änderung, die Abschiebeverbote auf drohende Lebensgefahr begrenzt und Berufungen und Revisionen zu den Verfahrens-Erstentscheidungen ausschließt.

Europäische Lösung

Eine nachhaltige Lösung, die inzwischen nicht mehr beherrschbare Völkerwanderung nach Kern-Europa zu beenden, muß eine europäische Lösung sein. Ein "Europäischer Verteilerschlüssel" für Migranten ist aber keine Dauerlösung für das eigentliche Problem. Er ist außerdem ein illegitimer Eingriff in die Souveränität der europäischen Staaten. Auch die bisherige, nachgiebige deutsche Haltung gegenüber der Migranten-Wanderung ist unter den 28 EU-Staaten, wie sich zeigt, nicht konsensfähig.

So wie ein deutscher EU-Abgeordneter gefordert hat, daß Deutschland ein Vorbild als Aufnahmeland geben soll "und den anderen anbieten soll, sich anzuschließen", so fordere ich, daß Deutschland mit einer zukunftsfähigen, stringenten Haltung ein Vorbild für ein Unterbinden der Völkerwanderung setzt, das die anderen EU-Staaten zum Mitmachen anreizt. Die erkennbare Tendenz unter anderen EU-Staaten ist dazu bei Großbritannien, Frankreich, Polen, Dänemark, Estland, Lettland, Litauen, Tschechien, Slowakei, Ungarn, Slowenien, Bulgarien, Griechenland, Italien und vermutlich weiteren Staaten vorhanden.

Der damalige Bundespräsident Johannes Rau hat 1999 in einer bedeutenden Rede gefordert, die deutsche Europa-Politik solle sich auch an den Vorstellungen unserer europäischen Nachbarn orientieren. Heute fordert ein Landes-Ministerpräsident: "Nicht wir müssen uns von Po-

sitionen verabschieden, sondern die anderen." Ich neige Altpräsident Rau zu.

Viele andere Regierungen mit schwierigen Erfahrungen mit Massenzuwanderungen aus ihren früheren Kolonien oder mit großen ethnischen Minderheiten sehen die auf sie zukommenden Probleme, die eine neue Zuwanderung für ihre Länder mit sich bringt, realistischer und äußern sie ehrlicher als die Mehrheit der deutschen Politiker.

Deutschen Politikern ist eine Klarsicht in der Migranten-Frage nach ihren vielen Fehlprognosen und nicht eingehaltenen Versprechungen vor der Wiedervereinigung, vor der Einführung des Euro und zu Beginn der Griechenland-Finanzkrise nicht mehr zuzutrauen. Auch insofern ist der Vorwurf des ungarischen Ministerpräsidenten nicht unberechtigt, die Massenzuwanderung sei ein deutsches Problem. Deutschland hat seit vielen Jahren weltweit signalisiert, daß Zuwanderer willkommen sind, und zwar unterschiedslos.

Der augenblickliche Beifall des amerikanischen Präsidenten und des englischen Ministerpräsidenten zur plötzlichen Grenzöffnung für die in Ungarn "aufgestaute" Migranten-Menge belegt nicht das Gegenteil. Beide Präsidenten haben ein Interesse an einer weiteren Durchmischung und Desintegration der deutschen Bevölkerung und damit an einer Schwächung Deutschlands gegenüber ihren eigenen Staaten. Deutschland muß in der EU eine Vorreiterrolle für ein Unterbinden der Völkerwanderung übernehmen und nicht weiter auf eine EU-Entscheidung warten.

Unzulängliche und ungeeignete Vorschläge

Die augenblicklichen Bemühungen der Kommunen, Länder, des Bundes und der EU richten sich auf die Bewältigung der derzeitigen Migranten-Zuwanderung. Obwohl erkennbar ist, daß der heutige Migranten-Strom der Beginn eines Dauerzustands ist, ist nirgendwo in der Politik ein Ansatz zu einer nachhaltigen Lösung des Problems zu erkennen.

So gut wie kein Politiker zeigt bisher die Weitsicht und die Courage, unser neues Dauerproblem anzusprechen und nachhaltige Lösungen zur Beendigung der neuen Völkerwanderung vorzuschlagen und sie anzustreben. Die nachfolgenden Vorschläge aus den Reihen deutscher Politiker und Parteien sind allesamt untaugliche Versuche, das eigentliche Problem zu lösen und der offensichtliche Versuch, von ihm abzulenken:

- Quoten für die 28 EU-Staaten lösen das Mengenproblem einer Völkerwanderung nicht.
- Die deutsche Forderung nach europäischer Solidarität ist nur minimal erfolgversprechend.
- Legale Wege für Migranten schaffen zwar eine humane Erleichterung für die, die unterwegs sind, und stören den Schleppern die Geschäfte, aber auch sie lösen das Mengenproblem der Migration nicht, sie verstärken es statt dessen.
- Ein "Beschäftigungs- und Ausbildungs-Korridor" aus dem Balkan nach Deutschland befreit uns nicht vom Zuwanderungsdruck. Selbst wenn deutsche Arbeitsämter in den Herkunftsländern die für den deutschen Arbeitsmarkt geeigneten Bewerber auswählen würden, kämen andere weiterhin auf "illegalen" Wegen.
- Seenotrettung im Mittelmeer ist eine humanitär unumgängliche Maßnahme, aber auch sie löst das Mengenproblem einer Völkerwanderung nicht. Sie verstärkt es eher.
- Deutsche Unterstützung Griechenlands und Ungarns bei der Aufnahme und Registrierung lindert zwar die Not der dort wartenden Migranten, aber sie verstärkt eher den Anreiz für weitere Migranten, als daß sie bremst.
- Die Vorschläge, bessere Aufnahmeeinrichtungen bereitzustellen, unsere Willkommenskultur zu stärken und Wohnungen für Migranten zu bauen, nehmen zwar den Druck von den angekommenen Migranten, aber sie erzeugen nur Anreize für immer neue Migranten.
- Mit der "ganzen Härte des Gesetzes gegen rechtsradikale Gewalttäter vorzugehen". Das ist eine Selbstverständlichkeit, aber keine Lösung des Problems.
- Auch der Vorschlag eines Parteichefs "Der Bund muß dauerhaft mehr Kosten übernehmen." wirkt angesichts der Lage ziemlich hilflos.

- Der Vorschlag eines Zuwanderungsgesetzes ist mindestens 30 Jahre alt. Daß wir keines haben, zeugt davon, daß die Parteien sich nicht einigen können, was sie damit bezwecken wollen.
- Ein Vorschlag der EU-Kommission, 1,8 Milliarden Euro für Projekte in Afrika zur Verfügung zu stellen, um dort Not zu lindern, verschließt die Augen vor der dortigen Bevölkerungsexplosion und der Wirkungslosigkeit der vielen schon bisher dorthin transferierten Milliarden.

Vorwurf und Bitte

Was wollen Sie der deutschen Bevölkerung noch alles zumuten? Reichen die verspielten Milliarden für die Griechenland-Finanzhilfen und die meiner Meinung nach damit begangene Konkursverschleppung nicht?

Ist Ihnen die Verkaufszahl für das Sarrazin-Buch "Deutschland schafft sich ab" mit 1,5 Millionen Exemplaren in kürzester Zeit keine Warnung gewesen? Wollen Sie die nachfolgenden Generationen in unserem Land noch mit weiteren Transferleistungen und Sozialkosten belasten? Schrecken Sie die rund 50 % Nichtwähler nicht, die Ihnen bei jeder Wahl den Rücken zeigen? Wollen Sie Ihre politische Legitimation durch einen weiteren Anstieg der Nichtwähler-Prozente weiter untergraben?

Ich bitte sie, dringend zu erwirken,

- daß die Anwendung des Asylrechts wieder auf den im GG festgeschriebenen Kern zurückgeführt wird,
- daß der Rechts-Instanzenweg im Asylverfahren abgeschafft wird, (In der Schweiz sind Asylverfahren in der Regel binnen 48 Stunden abgeschlossen.)
- daß die Asylverfahren afrikanischer Migranten in Nordafrika oder in den Herkunftsländern der Migranten abgewickelt werden,
- daß die Einwanderung per Schiff über das Mittelmeer nach australischem Vorbild unterbunden wird, (Australiens Regierung hat in allen Herkunftsländern Zeitungs- und TV-Anzeigen geschaltet und bekannt gemacht, daß Asylanträge nur noch in den dortigen Konsulaten angenommen und Bootsflüchtlinge generell zurückschickt werden. Die australische Marine nimmt Flüchtlingsboote "auf den Haken", in Seenot geratene Migranten an Bord und fährt sie an die nächste Küste auf dem Gegenufer zurück.)
- daß Angehörige von Nicht-EU-Balkanstaaten und aus asiatischen Unruhe- und Armutsgebieten ihre Asyl- oder Einwanderungsbegehren nur an deutschen Vertretungen in ihren Heimatländern vorbringen können, und daß Angehörige aus diesen Staaten und Gebieten ohne positive Asyl- oder Einwanderungsbescheide bei illegaler Einwanderung sofort repatriert werden, und daß dies in den Herkunftsländern bekanntgemacht wird,
- daß nur Asyl- und Einwanderungsbegehrende aus Kriegsgebieten wie derzeit Syrien wie bisher behandelt werden,
- daß die Einwanderung generell nach kanadischem Vorbild und deutschem Interesse gesteuert wird, (Auswahl nach jährlichem deutschem Zuwanderungsbedarf, deutschen Sprachkenntnissen, Berufserfahrung und Bedarf am Beruf in Deutschland, Bildungsstand und Alter. Australien und Dänemark haben ähnliche Aufnahmekriterien) und
- daß Sozialleistungen, außer Witwen- und Waisenrenten, für die im Heimatland der Migranten und Asylanten verbliebenen Familienangehörigen gestrichen werden.

Bitte schieben Sie das Problem nicht in Erwartung einer EU-einheitlichen Lösung vor sich her. Gehen Sie voran. Sie können sicher sein, daß sich viele EU-Staaten schnell der vorgeschlagenen Regelung anschließen werden, und daß die sehr umstrittene europäische Quotenregelung damit bald obsolet sein wird.

Sie sind eine deutsche Politikerin und zuerst dem Wohle des deutschen Volks verpflichtet, und Sie sollten nicht versuchen, mit dem Drängen auf eine Quotenregelung schon wieder den

"EU-Schwarzen Peter" in die Hand zu nehmen.

Mit freundlichem Gruß

Ihr Gerd Schultze-Rhonhof<<

06.10.2015

**BRD: Die Tageszeitung "Die Welt" berichtet am 6. Oktober 2015: >>Sex im Kanzleramt
Willy Brandt und seine erotischen "Zuführungen"**

1974 erschütterte ein Geheimdossier die Regierung Brandt. Das Bundeskriminalamt hatte eine Liste mit Damen aufgestellt, die dem Bundeskanzler zu Diensten waren. Schlüsselfigur war Spion Guillaume.

Bei der einen Reise mit dem Sonderzug war es eine Schwedin, die nachts ins Chef-Abteil vorgelesen wurde, bei der anderen eine Französin. Bei Hamburg-Aufenthalten kam meist die Journalistin in die Hotelsuite, in Berlin handelte es sich oft um eine Jugoslawin, in Paris um eine bekannte Publizistin. Auch Prostituierte waren im Spiel.

In dem Dossier, mit dem Bundesinnenminister Hans-Dietrich Genscher seinen Ministerialrat Klaus Kinkel per Hubschrauber von Bonn nach Hamburg geschickt hatte, waren solche Schäferstündchen dutzendweise aufgeführt. "Zuführungen" hieß es da. Kinkel ging ins Hotel "Atlantic" und legte das Schriftstück einem Herrn neben die Frühstückstasse. Der war tief schockiert. Nicht darüber, was er da las, sondern daß er es lesen konnte, als amtliches Protokoll.

Neu war es für Bundeskanzler Willy Brandt nämlich nicht, was er da am frühen Morgen des 1. Mai 1974 von Kinkel aufgetischt bekam. Er war es schließlich selbst, dem jene Frauen "zugeführt" worden waren, weil er in Anflügen von Dringlichkeit danach verlangt hatte, so oft es irgend ging. Aber daß ihm dies nun in dem sogenannten Herold-Papier – benannt nach dem damaligen Präsidenten des Bundeskriminalamts Horst Herold – alles aufgelistet worden war, paßte ihm gar nicht.

"Der Referent bezahlt dann alles"

Schon gar nicht manches Detail. Etwa der Eintrag über einen mehrtägigen Hotelaufenthalt des Kanzlers in München. Der Security-Chef habe da einen neuen Mitarbeiter angewiesen: "Wenn ich mal weg bin, und der Chef braucht was, dann gehst du runter in die Halle und nimmst eine von denen, die da rumsitzen. Du fragst nach dem Preis und schickst sie dem Kanzler rauf. Der Referent bezahlt dann alles."

Heftiger geschockt als der seinen Trieben offenbar rettungslos ausgelieferte Kanzler war Horst Herold gewesen, als er mit den Mitarbeitern des Kanzlerbegleitkommandos der "Sicherungsgruppe Bonn" das Dossier zusammengestellt hatte. Dabei hatte sich nämlich herausgestellt, daß diese Zuführungen allzu oft buchstäblich unter den Augen der DDR-Staatssicherheit stattfanden. Der Kanzler war entblößt.

Ausgerechnet jener Referent Brandts, der in den meisten Fällen den Damen die Tür zum Kanzlergemach geöffnet hatte, war wenige Tage zuvor als Top-Spion verhaftet worden: NVA-Hauptmann Günter Guillaume. Das BKA vermutete nun, daß Guillaume Tonbänder von den Gesprächen und anderen Lautgebungen in den Liebesnächten nach Ost-Berlin geschickt hatte. Guillaume soll sich laut Protokoll gelegentlich selbst Frauen in den Zug geholt haben. Doch das ließ ihn nicht mit seinem West-Chef fraternisieren. Sein Ohr und sein Auge gehörten der Stasi.

Der Job der Frauenzufuhr

Dabei konnte man dem Kanzler nicht einmal Ahnungslosigkeit zugute halten. Seit einem Jahr war er darüber informiert, daß gegen Guillaume ermittelt wurde. Zwei Monate zuvor hatte man ihn in Kenntnis gesetzt, daß der Verdacht hart war und die Verhaftung unmittelbar bevorstand. Trotzdem beließ er dem Spion noch weitere Wochen den Job der Frauenzufuhr.

Jeden Politiker oder Geschäftsmann, der durch allzu starke Libido in den Interhotels der DDR in die Hände von Stasi-Prostituierten geriet, sich rundum ungeschützt von versteckten Kame-

ras filmen ließ, sich somit erpreßbar machte und nolens volens wenige Monate später eine Nebentätigkeit als IM bekleidete, zieh man damals grober Unvorsichtigkeit und Blauäugigkeit – völlig zu Recht. Und der Kanzler der Bundesrepublik Deutschland?

Die Eingeweihten, Horst Herold, Generalbundesanwalt Buback, Justizminister Jahn, Innenminister Genscher, Verfassungsschutzchef Nollau sowie SPD-Zuchtmeister und –Fraktionschef Wehner – sie alle schlugen die Hände über dem Kopf zusammen. Nollau bat Wehner, Brandt davon zu überzeugen, daß sich die Bundesrepublik keinen erpreßbaren Bundeskanzler leisten könne. Wie intensiv er dies tat, ist unbekannt. Jedenfalls trat Brandt kurz darauf zurück und machte den Platz frei für Helmut Schmidt.<<

07.10.2015

BRD: Herbert Ludwig berichtet am 7. Oktober 2015 in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" über die Kultur des deutschen Volkes (x969/...): >>Volk oder Bevölkerung? - Von den Quellen der deutschen Kultur

"Denk ich an Deutschland in der Nacht, dann bin ich um den Schlaf gebracht."

Heinrich Heine

Die Begriffe Volk und Volksgemeinschaft sind durch die nationalsozialistische Ideologie als blutsgebundenes Kollektiv einer auserwählten Rasse mißbraucht worden, das einen übergeordneten personellen Gesamtwillen besitze, der durch den Führer repräsentiert und ausgeführt werde. Damit war auch der Begriff Volksgeist diskreditiert, der als Zusammenfassung dessen verstanden wird, was als seelisch-geistige Besonderheit ein Volk charakterisiert.

Teile der Wissenschaft sehen die Wurzeln der Ideologie des Nationalsozialismus in der Veranlagung des deutschen Volkes selbst und in manchen seiner Philosophen. Die meisten Politiker wünschen und betreiben die Integration des deutschen wie auch der anderen europäischen Völker in einen zentralistischen europäischen Bundesstaat, weil sie so die nationalistische Selbstzerfleischung der Völker meinen ausschließen zu können. Vertreter des linken politischen Spektrums sehnen vielfach gar die direkte Auflösung des deutschen Volkes herbei und begrüßen sein Aussterben, das durch die derzeitige demographische Entwicklung absehbar scheint.

Der frühere Außenminister Joschka Fischer von den Grünen sagte laut "Die Welt" vom 7.2.2005: *"Deutschland muß von außen eingehegt, und von innen durch Zustrom heterogenisiert, quasi verdünnt werden."*

Sieglinde Frieß, Bundestagsabgeordnete der Grünen und Verdi-Fachbereichsleiterin, meinte lt. FAZ vom 6.9.1989 vor dem Parlament: *"Ich wollte, daß Frankreich bis zur Elbe reicht und Polen direkt an Frankreich grenzt."*

Am unverhohlensten äußern sich in dieser Beziehung die linksextremen Terrorgruppen. So heißt es in einem antifaschistischen Aufruf von 2012: *"Die größte Gefahr eines faschistischen Wiedererstarkens geht nicht von den marginalisierten Nazis aus, sondern von der bürgerlichen Ideologie des "geläuterten" Deutschlands selber, in welcher die Ursachen für die faschistische Barbarei ... und in der Kategorien wie Volk und Nation Ausdruck anti-emanzipatorischen Denkens sind. ... Das Volk ist kein Begriff, den die Nazis erst ruinieren mußten, sondern seit hundert Jahren schon die Lüge von der notwendigen schicksalhaften Verbundenheit der einzelnen im nationalen Zwangskollektiv."*

Und auf den Straßen skandieren sie ganz offen: *"Nie wieder Deutschland!"* und: *"Deutschland verrecke!"*

Vor diesem Hintergrund ist zu sehen, daß in der seit Jahren stattfindenden großen und gegenwärtig dramatisch anschwellenden Zuwanderung bei den Politikern der Begriff Volk als zu schützende Einheit keine Rolle spielt. Deutschland wird als quantitatives Reservoir betrachtet, das es bei eigenem Bevölkerungs- und Arbeitssklavenrückgang irgendwie aufzufüllen gilt. Vizekanzler Gabriel z.B. hält es für verkraftbar, daß Deutschland jährlich eine halbe Million

Flüchtlinge für die nächsten Jahre aufnehmen könne (Spiegel Online 8.9.15).

Und Arbeitgeberpräsident Ingo Kramer sagte lt. SZ.de vom 4.9.2015: "*Wir brauchen in den nächsten 20 Jahren viel mehr Arbeitskräfte, als dieses Land hervorbringen wird*" und sprach von 500.000 freien Stellen in Deutschland.

Wer da noch auf die Eigenqualität des Volkes und ihres notwendigen Schutzes hinzuweisen wagt, wird sofort in die rechtsextreme Ecke gestellt. Wir betreten also im Folgenden stark vermintes Gelände. Aber es geht um die Erkenntnis der Wirklichkeit. Und diejenigen, die noch gefühlsmäßig die historisch überkommene Nation verteidigen, müssen erkennen, daß dies nicht mehr ausreicht, sondern daß sie sich mit der tieferen geistigen Realität des Volkes verbinden müssen, um sie vor dem allseitig anstürmenden Nihilismus zu retten.

Vom Wesen des Volkes

Dem unverstellten kulturgeschichtlichen Blick zeigt sich, daß jedes Volk eine historisch gewachsene Kulturgemeinschaft bildet, in der die Menschen eine ganz spezifische seelische Grundhaltung zur Welt einnehmen und zu einer besonderen Art des gedanklichen, künstlerischen und religiösen Strebens hinneigen.

In der Sprache, in Wortbildung und Wortgebrauch, in Grammatik und Syntax, in Redewendungen und bildhaften Ausdrücken offenbart sich am unmittelbarsten die seelische Konfiguration einer Volksgemeinschaft, die sich in Dichtung und Literatur ihren höchsten künstlerischen Ausdruck verschafft. Aber auch in den anderen Künsten wie der Malerei und der Musik, sowie in Wissenschaft, Recht und religiösem Leben prägt sich die seelische Eigentümlichkeit eines Volkes in einer besonderen Form und eigenem Stil deutlich aus.

In dem Artikel *Das eigentliche Europa - Eine Besinnung in Zeiten der Entmündigung* habe ich das am Beispiel von fünf europäischen Völkern etwas zu skizzieren versucht. Der Verlust der Kulturbeiträge auch nur eines Volkes würde einen nicht gut zu machenden Schaden für die Menschheit bedeuten. Wozu sollte es sonst die verschiedenen Völker überhaupt geben?

Um einem Mißverständnis gleich vorzubeugen: Die Kultur eines Volkes ist nicht abhängig von dessen ethnischer Geschlossenheit. Die Kultur steigt nicht aus einer blutsgebundenen Veranlagung auf, sondern bildet sich unabhängig davon aus rein seelischen Kräften. In sie können also auch Menschen aus anderen Völkern hineinwachsen, was ja in der Vergangenheit auch immer wieder geschehen ist.

Wenn aber das massenhafte Einströmen von Menschen völlig fremder Kulturen und einer überwiegend antichristlichen und antifreiheitlichen Religion nach Deutschland stattfindet, die so in die Kultur gar nicht integrierbar und zum größten Teil dazu auch nicht willig sind, verliert das einheimische Volk immer mehr eine aus der eigenen Kultur hervorgehende und sie fördernde Gestaltungsmöglichkeit der Gesellschaft.

Woher kommt es, daß die Menschen eines Volkes in einer besonderen Weise seelisch konfiguriert sind, daß wir von typisch italienisch, typisch britisch oder typisch deutsch sprechen? Dieses Besondere wird ja nicht zwischen den Menschen abgesprochen und herbeigeführt. Es gibt keine Vereinbarung, daß sich jetzt alle so verhalten wollen, weder irgendwann in der Vergangenheit noch später. Erst recht nicht entspringt die Sprache mit ihrem weisheits- und kunstvollen Aufbau irgendeiner bewußten menschlichen Konstruktion. Der Mensch wächst unbewußt in sie hinein, bewegt sich in ihr und wird von ihr ergriffen und gebildet.

Er bildet sie zwar etwas weiter, aber aus den Impulsen der seelischen Konfiguration des Volkstums, die ihm ganz unbewußt bleiben. Das läßt nur den vernünftigen Schluß zu, daß Sprache und einheitlicher Duktus einer Volkskultur auf den Einfluß von über dem Menschen stehenden Wesen zurückgehen müssen.

Wenn jemand irgendwo einen ihm unbekanntem komplizierten Motor findet, wird er nicht auf die schwachsinnige Idee kommen, die verschiedenen Teile hätten sich an dieser Stelle zufällig so zusammengefügt, sondern er wird den Motor vernünftigerweise auf den gedankenvollen

Bauplan eines Menschen, also eines intelligenten Wesens zurückführen, nach dem er konstruiert und in seine funktionsfähige Form gebracht worden ist.

Vor dem menschlichen Organismus setzt aber bei vielen Menschen ein solch vernünftiges Denken plötzlich aus. Seine hochkomplexen Funktionsabläufe und Zusammenhänge sinnvollerweise auf einen intelligenten Bauplan zurückzuführen, scheitert am versteckten Hochmut des materialistischen Intellekts, der kein höheres intelligentes Wesen über sich anerkennen kann, und sich deshalb in den gedankenlosen neuen Aberglauben flüchtet, die Teile des Menschen hätten sich halt irgendwann durch einen wundersamen Zufall so zusammengefügt. Entsprechend hält man das Kunstwerk der Sprache und den einheitlichen Charakter der Kultur eines Volkes für zufällige Entwicklungsprodukte.

Doch bereits Johann Gottfried Herder bildete Ende des 18. Jahrhunderts den Begriff des Volksgeistes als einer übermenschlichen Wesenheit, die jedem Volk als inspirierendes Wesen zugehöre. Rudolf Steiner hat dies aus seinen geistigen Forschungen konkretisiert und dahin differenziert, daß es sich um zwei zusammenwirkende Wesen handele, einen Sprachgeist und einen Volksgeist, die in der christlichen Engelhierarchie, wie sie auf den Paulus-Schüler Dionysius Areopagita zurückgeht, jeweils dem geistigen Range der Erzengel angehörten.

Es sind gewaltige Wesen, die mit ihrer Seele ein ganzes Volk umfassen und unterbewußt deren Seele und Lebensorganisation durchdringen und im Sinne einer bestimmten Sprache bzw. eines besonderen Volkscharakters und Volkstemperamentes inspirieren. Der Volksgeist durchdringt aber auch die Lebensvorgänge der Landschaft, in der das Volk lebt, und wirkt so prägend auch von außen. Es gehen unterschiedliche Einflüsse auf den Menschen aus, je nachdem wie die Elemente Erde, Wasser, Luft, Wärme und Licht im Gebirge, im Flachland, am Meer oder im Innern des Kontinents verteilt sind. Der Volksgeist ist die Quelle der Volkskultur.

Vom Wesen der deutschen Kultur

Eine der zentralen Eigenschaften des Deutschen ist sein Hang nach Gründlichkeit. Sie kommt nicht nur in der Qualität seiner materiellen Produkte, die aus einer vollständigen Durchdringung der naturwissenschaftlichen Gesetzmäßigkeiten und ihrer perfekten technischen Umsetzung hervorgehen, sondern auch in allem geistigen Streben zum Ausdruck. Es ist der generelle Drang, den Dingen auf den Grund zu gehen, nicht an der Oberfläche zu bleiben, sondern zu den letzten Ursachen zu dringen, aus denen alles hervorwächst.

Goethe hat dies Streben in seinem "Faust" personifiziert. Der Professor Faust hat viele Wissenschaften studiert, aber unbefriedigt muß er sich gestehen, daß alles Sinnes- und Verstandeswissen seine Fragen nach den Tiefen des Seins nicht beantwortet: *"Habe nun, ach! Philosophie, / Juristerei und Medizin, / Und leider auch Theologie / Durchaus studiert, mit heißem Bemühn. / Da steh ich nun, ich armer Tor, / Und bin so klug als wie zuvor!"* ... <<